

INFORMATIONEN

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Aquinostraße 7-11 | 50670 Köln | Telefon 0221 97269 -30 | Fax 0221 97269 -31
info@grundrechtekomitee.de | www.grundrechtekomitee.de

#04
Nov 2018



Foto: Ron Weimann

Zeiten, die unser Engagement für Demokratie und Menschenrechte erfordern!

Auf den Straßen Deutschlands wird so viel protestiert wie schon lange nicht mehr. Kaum ein Wochenende vergeht, an dem nicht irgendwo zehntausende Menschen gemeinsam demonstrieren. Sei es in Orange unter dem Namen „Seebrücke“ gegen die europäisch verfügte Unterlassung von Hilfeleistungen im Mittelmeer, für sichere Fluchtwege sowie offene Häfen. Sei es für den Erhalt des Hambacher Waldes, für den sofortigen Kohleausstieg und für eine verantwortliche Klimapolitik, die nicht partikulare Konzerninteressen vor die Zukunftsperspektiven aller Bürger*innen stellt. Sei es gegen eine autoritäre Verschärfung von Polizeigesetzen, die verstärkt auf Überwachung und Kontrolle setzen und für ein vermeintliches Mehr an „Sicherheit“ kurzerhand Bürger*innen- und Freiheitsrechte kassieren. Sei es gegen den aufschäumenden Rechtspopulismus, die selbstherrliche Politik der CSU und des Innenministers Seehofer. Sei es unter dem Motto „We'll come United“ für eine solidarische Gesellschaft der gleichen Teilhabe und Rechte, gegen Rassismus, Ausgrenzung und Abschiebungen. Sei es gegen stetig steigende und mittlerweile existenzbedrohende Mieten. So viele Menschen auf den Straßen gegen reaktionäre Entwicklungen und für emanzipatorische Zukunftsentwürfe, das gab es lange nicht mehr. Das macht Mut.

Gleichzeitig können wir nicht die Augen verschließen vor den entgegengesetz-

ten Entwicklungen. Denn es sind ebenso tausende bis zehntausende Menschen auf den Straßen, um ein rechtsnationalistisches Weltbild zu verklären, das diejenigen ausgrenzt, denen kein Recht auf ein Leben in diesem Land – oder auf ein Leben allgemein – zugestanden wird. Ob bei Pegida-Demonstrationen in Dresden, bei denen die Massen beim Thema Mittelmeermigration „absaufen“ skandieren. Oder sei es die selbsternannte, extrem rechte Bürgerbewegung Pro Chemnitz, die nach dem gewaltsamen Tod eines Chemnitzers zusammen mit Neonazis und Hooligans gegen „Ausländerkriminalität“ demonstriert und damit seit Wochen tausende Menschen mobilisieren kann. Zu erinnern ist auch an die zehntausenden Anhänger*innen des türkischen Präsidenten Erdoğan, die diesem kürzlich in Köln frenetisch zujubelten und dabei auch offen den Wolfsgruß, das Handzeichen der türkischen Faschisten zeigten. Die Selbstverständlichkeit, mit der Neonazis und Faschisten ihre menschenfeindlichen Ideologien offen auf die Straßen tragen, kann nur erschrecken. Erst recht, wenn mittlerweile tausende Bürger*innen bei den Umzügen Spalier stehen, weil sie ihre Interessen bei den Rechtsnationalisten vertreten sehen und mit ihnen sympathisieren. Gesellschaftliche Inhumanität und Menschenfeindlichkeit brechen sich Bahn, wenn jene, die nach völkisch rassistischen Vorstellungen nicht in die nationale Gemeinschaft

gehören, am Rande rechtspopulistischer Umzüge angegriffen und johlend durch Straßen gejagt werden.

Unser Ziel ist es, diese Dynamiken und Bewegungen politisch einzuordnen. Wir wollen verstehen und aufzeigen, wie disparate gesellschaftspolitische Entwicklungen ineinandergreifen. Was hat beispielsweise der Protest für den Erhalt des Hambacher Waldes mit den Demonstrant*innen in Chemnitz zu tun? Auffallend, wie unterschiedlich von Regierungs- und behördlicher Seite agiert wird. Im Hambacher Wald werden Waldschützer*innen mit Schmerzgriffen und Schlägen aus Sitzblockaden geräumt, während die Polizei in Chemnitz hitlergrüssende Nazis ▶

Bitte beachtet die Einladung zum Ratschlag des Grundrechtekomitees „Im Namen der Sicherheit?“ am 15./16. Februar 2019 auf der letzten Seite.

Spendenkonto

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Volksbank Odenwald

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18
BIC GENODE51MIC

innerhalb einer Demonstration gewähren lässt. Und was hat das Engagement gegen Rassismus mit dem gegen die Polizeigesetzverschärfungen zu tun? Ein Blick nach Bayern zeigt, vor allem Geflüchtete sind von den erweiterten Polizeibefugnissen betroffen. Nach Inkrafttreten des neuen Polizeiaufgabengesetzes wurde zunächst alleinig Geflüchteten anhand des neuen unbestimmten Rechtsbegriffs „der drohenden Gefahr“ die Freiheit entzogen.

Es kommt also nicht von ungefähr, dass die unterschiedlichen, progressiven zivilgesellschaftlichen Bewegungen zusam-

menfinden, ihre Forderungen verbinden und miteinander auf die Straße gehen. So beispielsweise auf der komiteelich unterstützten Großdemonstration am 13. Oktober in Berlin unter dem Motto „unteilbar - Solidarität statt Ausgrenzung – für eine offene und freie Gesellschaft“. Aber auch die extreme Rechte konsolidiert sich: in Chemnitz marschierten am 1. September erstmals AfD und Pegida offen zusammen mit Neonazis: ein öffentlicher Schulterschluss des völkisch-rechtsnationalistischen Parlamentarismus mit gewalttätigen NS-verherrlichenden Umstürzler*innen.

Die Zukunft unserer Gesellschaft ist aktuell hart umkämpft. Ob wir den Weg zu einer offenen und solidarischen, einer demokratisch menschenrechtlich orientierten Gesellschaft beschreiten werden, oder ob sich ausgrenzender, völkischer Nationalismus durchsetzen wird, bleibt (noch) offen. Es gibt Zeiten, da können wir uns aus den politischen Kontroversen und Kämpfen nicht heraushalten, da müssen wir uns den zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Wege ins Offene und Freie suchen, anschließen und sie unterstützen.

◆ Britta Rabe, Dirk Vogelskamp, Michèle Winkler

Unteilbar – für eine offene und freie Gesellschaft!

Am 13. Oktober 2018 kamen rund 240.000 Menschen in Berlin zur Demonstration „Unteilbar: Solidarität statt Ausgrenzung – Für eine offene und freie Gesellschaft“ zusammen. Das Grundrechtekomitee gehört zu den Erstunterstützer*innen der Initiative. Die Reden von Michèle Winkler und Vorstandsmitglied Heiner Busch auf der Auftaktkundgebung bzw. im Block des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins dokumentieren wir hier in Auszügen:

Michèle Winkler erläuterte die Gründe unseres Engagements im Unteilbar-Bündnis:

„Wir erleben seit Monaten, wie die Prinzipien mit Füßen getreten werden, an denen wir unsere Arbeit orientieren: Sie heißen Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Wir erleben, wie Grund- und Menschenrechte zu inhaltsleeren Worthülsen verkommen. Wir sehen es aber gar nicht ein, uns dieser Verrohung der Sprache und der Verrohung der Politik zu beugen.

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte heißt, dass es eben NIE eine Frage sein darf, ob Menschen vor dem Ertrinken gerettet werden sollten.

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte heißt, dass es eben auch keine Frage sein darf, ob jede und jeder sich ein Dach über dem Kopf oder den Zugang zur Erfüllung anderer Grundbedürfnisse leisten können sollte.



Demonstration zum Hambacher Wald
Foto: Ron Weimann

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte heißt, dass es nicht sein kann, mit Waren und Kapital global zu handeln, aber Menschen nicht frei sind, sich überall hin zu bewegen und auch dort zu bleiben. Egal aus welchen Gründen sie das tun.

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte heißt, dass wir daran arbeiten müssen, keine Waffen mehr zu produzieren, zu verkaufen und einzusetzen. Nicht hier und nirgendwo sonst auf der Welt.

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte heißt, sich gegen jedwede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und die damit einhergehenden Diskriminierungen und Gewaltverhältnisse zu positionieren.

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte heißt, klarzustellen, dass ein Staat seine Bürger*innen nicht ausspähen und alles mögliche über sie speichern darf, egal ob diejenigen, die das im Namen des Staates tun, nun Verfassungsschutz oder Polizei heißen.

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte heißt, es nicht hinzunehmen, dass immer mehr Menschen eingesperrt und vom sozialen Leben abgeschnitten werden – sei es, um sie anschließend abzuschieben, weil sie Geldstrafen nicht zahlen können, weil der Staat sie auf Basis von Prognosen als gefährlich brandmarkt oder, um sie zu bestrafen.

Der Einsatz für Grund- und Menschenrechte heißt schließlich auch, sich für ein Wirtschaften einzusetzen, das die

Bedürfnisse ALLER Menschen, der Tiere und der Umwelt in den Vordergrund rückt – sodass ein gutes Leben für alle heute und in Zukunft möglich wird.

Diese Aufzählung ist weder vollständig noch abschließend. Dennoch – vieles, was ich gerade benannt habe, steht momentan zur Disposition. Die Bedrohungen sind real, sie lassen sich nicht durch schöne Worte beiseite wischen. Die Klimakatastrophe steht vor der Tür und der Faschismus ist nicht weit weg. Aber wir haben gar keine andere Wahl, als für eine bessere Welt zu streiten und dabei so viele wie möglich mitzunehmen.

Wie schön, zu sehen, dass so viele Menschen gerade diese Bereitschaft, diesen Einsatz auf die Straße tragen. Und das nicht nur hier und heute, sondern am Hambacher Forst unter dem Motto „Kohle stoppen – Wald retten“, in München unter dem Motto „Jetzt gilt’s – gemeinsam gegen die Politik der Angst“ oder bei der großen antirassistischen Parade von „We’ll come United“ in Hamburg. Nicht zu vergessen all diejenigen, die sich ständig und immer wieder Nazis und Rechten in den Weg stellen, auch dann, wenn sie nicht von zehntausenden begleitet werden. So viel Bewegung wie jetzt, war schon lange nicht mehr! Das macht Mut und das zeigt vor allem, wir sind nicht allein, wir sind viele!“

“*„Es ist mir aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir vielleicht viele, aber eben nicht alle sind und auch unter den jetzigen Bedingungen niemals alle sein können. Denn es fehlen die Ertrunkenen. Es fehlen die an den Grenzen brutal zurück Gedrängten. Es fehlen die Abgeschobenen und es fehlen die Gefangenen. Sterben lassen, aussperren, abschieben, einsperren.“ (M. Winkler)*”

Heiner Busch ging in seiner Rede während der Auftaktkundgebung auf die neuen Polizeigesetze ein:

„Nie in den letzten Jahrzehnten war der Widerstand gegen die Verschärfung von Polizeigesetzen so deutlich auf der Straße sichtbar wie in den letzten Monaten. Das ist erfreulich, das ist aber auch dringend notwendig. Denn hier geht es um viel: Es geht einmal mehr um den Ausbau der polizeilichen Überwachungsmethoden. Die Innenminister möchte die Polizei mit Befugnissen für präventive Telefonüberwachungen und für den präventiven Einsatz von Trojanern zur Ausforschung von Handys und Compu-

tern ausstatten. Die „intelligente“ Videoüberwachung – teilweise mit Gesichtserkennung – soll in den Gesetzen verankert werden. Es geht um neue Waffen, um Elektroschockgeräte, um Explosivmittel und um schwere Waffen für die Spezialeinheiten – militärisches Gerät, das nicht in die Hände der zivilen Polizei gehört.

Und es geht um Maßnahmen gegen sogenannte Gefährder. Dies sind keine Leute, die einer Straftat beschuldigt werden. Es sind Menschen, von denen die Polizei meint, dass sie vielleicht in Zukunft eine schwere Straftat begehen könnten. Und obwohl es keinen konkreten Verdacht gibt, möchten die Innenminister präventiv sogenannte Aufenthaltsanordnungen gegen diese Leute verhängen können. Das ist nichts anderes als ein mit elektronischen Fußfesseln überwachter Hausarrest. Einige Bundesländer gehen noch weiter: Sie wollen die Präventivhaft einführen. Bayern hat das schon getan. Wochenlange oder gar Monatelange Haft ohne konkreten Verdacht. Das ist nicht akzeptabel, erst recht nicht vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte.

Wir sind heute viele und wir sind unteilbar. Das müssen wir auch sein. Denn wir müssen um Selbstverständliches kämpfen: um Freiheit und Gleichheit, um Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“



Demo „unteilbar“ am 13. Oktober, Foto: R-Media Base

Die Macht des zivil-ungehorsamen Protests – der Hambacher Wald

Die Ausgangssituation: Der einst etwa 4.000 Hektar große Bürgewald im Rheinischen Braunkohlerevier wird seit 1978 zugunsten des von RWE betriebenen Braunkohletagebaus „Hambach“ gerodet. Auch zahlreiche Ortschaften wurden abgerissen, die Bevölkerung umgesiedelt. Der noch erhaltene, rund 200 Hektar (2 km²) große Teil des Bürgewaldes mit seinen uralten Stieleichen und Hainbuchen, Lebensraum zahlreicher geschützter Tierarten, ist als „Hambacher Forst“ Eigentum des RWE-Konzerns. Schon seit Jahrzehnten kämpfen umwelt- und klimapolitische Initiativen für den Erhalt des Waldes und einen sofortigen Ausstieg aus der Kohleverstromung, die als besonders klimaschädlich gilt, da sie für etwa 40 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich ist. Aktuelle Studien (Fraunhofer IEE + DIW) zeigen auf, dass Deutschland das international vereinbarte Klimaziel, nämlich bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent (gegenüber dem Jahr 1990) zu reduzieren, noch problemlos erreichen könnte, wenn im Stromsektor weitere kohleverstromende Kraftwerksblöcke abgeschaltet und in anderen die Stromproduktion gedrosselt werden würde – bei gleichzeitigem Ausbau der regenerativen Energien. Der Hambacher Wald könnte erhalten werden. Zum Ende des Jahres wird zudem der Vorschlag der Kohlekommission zu einem Kohleausstiegsszenarium erwartet. Die nordrhein-westfälische Landesregierung aber setzt unbeirrt eine braunkohleorientierte Politik fort.

Die falschen Prioritäten der Politik

Über die letzten sechs Jahre haben Umweltaktivist*innen den Hambacher Wald besetzt und ebendort originelle Baumhäuser errichtet, um die Rodung des Waldes zu verhindern und Aufmerksamkeit auf die katastrophalen Folgen der Braunkohleverstromung zu lenken. Mit martialischen Polizeiaufgeboten wurde gewaltsam gegen die Besetzungen und die Infrastruktur der Aktivist*innen vorgegangen. Die Mehrheit der Besetzer*innen agiert zivil ungehorsam, gewaltfrei, ohne Menschen in Gefahr zu bringen. Die begrenzt gebliebenen militanten Aktionen boten politisch den gewünschten Legitimationsgrund, die Umweltbewegung zu kriminalisieren und den Hambacher Wald und ein weiträumiges Gebiet nahe des Tagebaus im September dieses Jahres zu

einem „gefährlichen Ort“ zu erklären, der mit gesonderten polizeilichen Eingriffsrechten wie anlasslosen Identitätsfeststellungen und Durchsuchungen einhergeht. Die Inszenierung einer „ökoterroristischen“ Gefahr und die politische Kriminalisierung der Aktivist*innen sind jedoch nicht aufgegangen. Zu viele Menschen solidarisieren sich inzwischen mit den Waldbesetzer*innen und unterstützen sie materiell wie ideell, um eine klima- und energiepolitisch sinnlose Rodung des Waldes zu verhindern, die für Mitte Oktober dieses Jahres erneut angekündigt worden war. Dazu mussten die rund sechzig, in luftiger Höhe errichteten Baumhäuser und Plateaus geräumt werden. Um die Handlangerdienste für den RWE-Konzern nicht allzu offensichtlich werden zu lassen, erklärte die Landesregierung kurzerhand die Baumhäuser zu „baulichen Anlagen“, die der Brandschutzordnung unterlägen. Wegen fehlender Zufahrtswege für Rettungskräfte und anderer mangelnder Brandschutzvorrichtungen leitete die Landesregierung den größten Polizeieinsatz in der Geschichte NRWs mit bis zu 4.000 Polizeibeamt*innen ein: Ein „Rettungseinsatz“ für die Waldbesetzer*innen, deren Leib und Leben vorgeblich in großer Gefahr schwebte. Ein unmittelbarer Vollzug der lebensrettenden Räumung sowie Zerstörung der Baumhäuser begann am 12. September. Tausende Menschen, darunter Mitstreiter*innen des Grundrechtekomitees, protestierten gegen die Räumung des Hambacher Waldes und die fadenscheinige Begründung der Landesregierung. Und es kamen immer mehr Menschen, die, blockierend, teils Barrikaden bauend, den trotzigen Widerstand der Waldbesetzer*innen unterstützten. Am 2. Oktober war der Brandschutzordnung Genüge getan, das letzte Baumhaus zerstört, ein Journalist tödlich verunglückt und die rechtsstaatliche Ordnung polizeigewaltig durchgesetzt. Nun hätte der Hambacher Wald gerodet werden können.

Über Fledermäuse und zivil-ungehorsamen Protest

Das OVG Münster, das über einen Eilantrag des BUND zu entscheiden hatte, stoppte am 5. Oktober die Rodung, da geklärt werden müsse, ob der Hambacher Forst u.a. wegen der Vorkommen der Bechsteinfledermaus oder des großen

Mausohrs nicht dem europäischen Schutzregime für mögliche Fauna- und Flora-Habitate unterliege. Da die Bezirksregierung Arnsberg und RWE nicht begründet dargelegt hätten, dass die sofortige Rodung u.a. im Interesse des Gemeinwohls notwendig sei, weil anderenfalls die Energieversorgung bundes- oder landesweit nicht mehr gewährleistet werden könne, sei es nicht gerechtfertigt, durch die Rodung des Hambacher Forsts vollendete Tatsachen zu schaffen. Ohne den entschiedenen, zivil-ungehorsamen Widerstand der Waldbesetzer*innen hätten sich wohl die christ- und sozialdemokratisch sowie gewerkschaftlich getragenen Konzerninteressen durchgesetzt. Tags darauf bevölkerten am 6. Oktober rund 50.000 Menschen friedlich den Hambacher Wald und die anliegenden Felder. Die Saat eines überwiegend gewaltfreien Widerstands gegen eine korporatistische Industriepolitik des 20. Jahrhunderts war aufgegangen.

◆ Dirk Vogelskamp

Rede am 5. September von Michèle Winkler beim Hambacher Wald.
Foto: Britta Rabe



Im Osten nichts Neues? Chemnitz ist gar nicht so weit weg.



Demonstration in Hamburg „We'll come United!“ am 29.9.2018
Foto: We'll come United!

Chemnitz ist zu einem neuen Synonym für große Nazi-Aufmärsche aus organisierten Rechtsradikalen und gewalttätigem Mob geworden. Der gewaltsame Tod eines Chemnitzers im August bot einer vereinten rechten Szene im Schulterschluss mit der AfD einen willkommenen Anlass zu einer Reihe von rassistischen Demonstrationen. Tausende folgten den Aufrufen trotz kurzer Mobilisierungszeit, vermeintlich trauernde und vorgeblich besorgte Bürger*innen inmitten von gewaltbereiten Neonazis und Hooligans. Bis heute versammeln sich dort wöchentlich hunderte Rassist*innen am Karl-Marx-Monument. Auch in Köthen (Sachsen-Anhalt) nutzten rechte Akteure einen Todesfall für ihren rassistisch motivierten Aufmarsch.

Weder die zahlreichen rassistischen und antisemitischen Angriffe im Kontext der Chemnitzer Aufmärsche, noch Angriffe auf Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen haben die sächsischen Behörden, nur mit wenigen Einsatzkräften vor Ort, verhindert. Nicht nur das: Von Landes- bis hinauf zur Bundesebene wurden die Übergriffe relativiert. Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, mochte die auf Videomaterial dokumentierten Menschenjagden nicht als solche bezeichnen; der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) leugnete die gewalttätigen Übergriffe mit den Worten, in Chemnitz habe es keine Hetzjagden und Pogrome gegeben. Nicht nur sie lenken damit ab von der notwendigen Auseinandersetzung über rechte Gewalt und der Mitverantwortung etablierter Parteien am wachsenden Rechtsruck. Einer Politik ganz im Sinne von Seehofers Credo „die Migration ist die Mutter aller Probleme“.

Für die überproportionale Mobilisierungsfähigkeit von rechts innerhalb der Bevölkerung Sachsens und weiterer Bundesländer Ostdeutschlands gibt es inzwischen diverse Erklärungsversuche. Die Erfahrung von Benachteiligung und Verunsicherung in der Folge der deutschen „Wiedervereinigung“ ist vermutlich für viele Menschen zutreffend. Demzufolge waren Erlebtes und persönliche Erfolge der Vor-Wende-Biographien plötzlich nichts mehr wert. Die Abwanderung vieler junger, gut ausgebildeter und politisch interessierter Menschen kommt dazu.

Und auch folgende Erfahrungen wiegen schwer: Mit der DDR wurde ein ganzes politisches System überwunden, die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen Anfang der 1990er Jahre wurden als brennende Begleitumstände zu schlagenden Argumenten, die zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl führten und außerdem die Ausweisung von Vertragsarbeiter*innen aus der ehemaligen DDR zur Folge hatte.

Diesen allgemeinen Erklärungsversuchen zum Trotz ist die Zustimmung zu rechtsnationalistischen und rassistischen Positionen in Ostdeutschland aber ungleichmäßig verteilt. In Sachsen hat die rechte Mitte allerdings seit Jahrzehnten Tradition: Hier konnte bereits der NSU ungestört sein Netzwerk aufbauen, zuletzt rückten die Kommunen Freital und Heidenau als Hotspots rechter Gewalt in den medialen Fokus. Neonazis und deren hegemoniale Straßenmacht gehören seit der Wende zum ostdeutschen Alltag, während die Landesregierung – seit 30 Jahren fest in CDU-Hand – deren Existenz bis heute leugnet und damit eine notwendige

zivilgesellschaftliche Gegenbewegung zumindest erschwert.

Bei dem Fokus auf Ostdeutschland geht oft unter, dass dort und eben auch in Sachsen viele Einzelpersonen sowie antifaschistische und antirassistische Initiativen tagtäglich aktiv sind gegen rechte Positionen auf der Straße, in Vereinen und in den Parlamenten. Ihnen sowie allen potenziell gefährdeten Personen rechter Gewalt sollte unsere ganze Solidarität und praktische Unterstützung gelten.

Von „jenem Osten“ aus geifernden Glatzen mit Hitlergruß und faschistischen Sprüchen aalglatter AfD-Parteimitglieder lässt es sich von ferne, etwa aus den „alten“ Bundesländern, leicht distanzieren: „Hier“ sei es ja nicht so schlimm. Doch dürfen wir nicht vergessen: Chemnitz ist gar nicht weit weg; Die Verbindungen von dort zu der seit Jahren aktiven militanten Nazi-Szene etwa in Dortmund sind eng. Erinnerung sei außerdem an die rechten Morde in Mölln, Solingen und Lübeck.

Und nicht nur im Osten gibt es mindestens jedes Wochenende Anlass, gegen Rassismus und Antisemitismus auf die Straße zu gehen. Es muss also darum gehen, die häufig proklamierte Distanz zwischen Ost und West zu überwinden, sich zu vernetzen und enger zusammenzuarbeiten. Auch müssen wir jeweils lokal vor Ort aktiv sein – und dies fängt oft bereits damit an, sich gegen die teilweise ausgrenzende Politik etablierter Parteien zu positionieren und konsequent im Alltag die Menschenrechte aller zu verteidigen.

„Aktionstage Gefängnis“: Diskussion mit Inhaftierten in der JVA Tegel zur medizinischen Versorgung in Haft

Außenansicht der JVA Tegel
Foto: Christian Herrgesell

Im vergangenen Jahr fanden erstmalig die „Aktionstage Gefängnis“ in Berlin statt. Ein Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Initiativen und Aktivist*innen machen seitdem mit den jährlich bundesweit stattfindenden Aktionstagen wechselnde Schwerpunkte zu Haftbedingungen und strukturellen Problemen, denen Gefangene ausgesetzt sind, öffentlich. Auch die Institution Gefängnis selbst und ihre Rolle in der Gesellschaft werden hinterfragt. An diese Inhalte können Initiativen vor Ort anknüpfen und bei Bedarf Unterstützung erhalten. Das Grundrechtekomitee engagiert sich im Kontext der Gefangenenarbeit nun seit zwei Jahren in diesem Bündnis.

Die Auftaktveranstaltung unter dem Motto „Hingesehen! Gefängnis – Gesundheit – Gesellschaft“ untersuchte das Problemfeld der medizinischen Versorgung für Menschen in Haft: Thema waren die Konsequenzen des Ausschlusses der Inhaftierten aus der gesetzlichen Krankenversicherung und der fehlenden freien Arztwahl, der mangelnde Zugang zu Fachärzt*innen sowie die Folgen der finanziellen und personellen Ausstattung des gefängnismedizinischen Bereichs und der mangelnden Prävention von Infektionskrankheiten.

Das Komitee verweist in seiner Arbeit stets auf den krankmachenden Charakter der Institution Gefängnis: Das Herausreißen aus den sozialen Zusammenhängen der Gefangenen, der auf Dauer angelegte weitgehende Entzug jeglicher Autonomie und die Unterbringung in einem sozial und architektonisch lebensfeindlichen Umfeld verursachen psychische und psychosomatische Schäden, die sich auch mit einem optimal ausgestatteten gefängnismedizinischen Versorgungssystem nicht vermeiden ließen.

Eine zweite Veranstaltung fand in der Berliner JVA Tegel statt. Hier konnten nach einer kurzen Vorstellung der beteiligten Projekte die anwesenden Inhaftierten als „Experten“ von ihren Erfahrungen mit der medizinischen Versorgung in Haft berichten. Im Anschluss leiteten wir die an uns herangetragenen Wünsche und Forderungen der Inhaftierten an die Anstaltsleitung weiter.



Die Anwesenden berichteten etwa von einem problematischen Zugang zu Ärzt*innen: In der Vergangenheit sei es wiederholt zu einer Chronifizierung von Krankheiten gekommen, bis hin zu Todesfällen, da schwere Erkrankungen gar nicht oder nicht zeitnah behandelt worden seien. Außerhalb der Dienstzeiten der Anstaltsärzt*innen würde das Pflegepersonal die Einschätzung des Behandlungsbedarfs und die Entscheidung über die einzuleitenden Schritte übernehmen. Kritisiert wurde auch, dass das Pflegepersonal sich vereinzelt über ärztliche Entscheidungen hinwegsetze und Gefangenen den Zugang zu Ärzt*innen verhin-dere, obwohl eine Begutachtung notwendig erscheint.

Weiterhin wurde beanstandet, dass kein oder nur unvollständiger Zugang zu den eigenen Krankenakten gewährt würde. Beschwerden über die medizinische Versorgung würden teilweise die Empfänger nicht erreichen, da eine Eingangsbestätigung verweigert würde. Viele Gefangene würden zudem aus Angst vor Repressionen von Beschwerden absehen.

Die Teilnehmer wiesen darüber hinaus auf gravierende Probleme bei den Regelungen zur Gefangenenarbeit hin, die in Konsequenz faktisch ein strukturelles Hindernis im Zugang zur ärztlichen Versorgung darstellen: Die Vorstellung beim Arzt koste automatisch den Verlust des Einkommens eines ganzen Arbeitstages. Bei einem spärlichen „Lohn“ von 13 Euro pro Tag bedeutet dies einen erheblichen Einschnitt. Bei längerer Krankheitsdauer ist der Ausfall entsprechend höher, da das Berliner Strafvollzugsgesetz eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht vorsieht. Auch wurde berichtet, dass schwer erkrankte Gefangene aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes häufig auf eine Behandlung verzichten.

Als Bündnis werden wir daher nun die Forderungen nach Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Einbeziehung in die gesetzliche Krankenversicherung in das Zentrum der Aktionstage 2019 stellen.

◆ Christian Herrgesell
Gefangenenbeauftragter

Teilnehmer*innen des Frauenseminars während der Präsentation des israelischen Narrativs.

Ferien vom Krieg – Dialoge über Grenzen hinweg

Auch in diesem Jahr haben die Jugendbegegnungen und Dialogseminare von Ferien vom Krieg wieder erfolgreich stattgefunden. Einiges war neu dieses Jahr: Nach Sondierungsreisen im Frühjahr fanden die Dialogseminare im Projektteil Israel und Palästina mit neuen, engagierten Partner*innen aus der Region statt.

Das gemischte Seminar wurde von einer Partnerorganisation gestaltet, die sich dem Konflikt vor allem mit theater- und medienpädagogischen Ansätzen nähert. Zudem arbeiten sie mit einem Triangelansatz – neben jüdischen Israelis und Palästinenser*innen aus der Westbank wurden auch Palästinenser*innen mit israelischer Staatsangehörigkeit in Moderation und Methodik als dritte Gruppe eingebunden, um der Komplexität der Situation vor Ort besser entsprechen zu können. Unter neuer Koordination konnte auch wieder ein Seminar nur für Frauen* stattfinden – es zeigte sich einmal mehr, wie wichtig es ist, einen geschützten Austausch- und Diskussionsraum exklusiv für junge Frauen aus der Region anzubieten.

Im ehemaligen Jugoslawien fanden erneut gleich mehrere Jugendbegegnungen statt – neben Treffen in Bački Monoštor (Serbien) und Novi Sad (Serbien) kamen

50 Mitglieder von YU-Peace in Tuzla (Bosnien und Herzegowina) zusammen, um sich über verschiedene Themen rund um den Krieg sowie Fragen von Identität auszutauschen. Mit 120 Teilnehmenden die größte Erstbegegnung gab es in Split (Kroatien); ein Novum, denn bisher hatten die Erstbegegnungen in Basko Polje stattgefunden. Während die Jugendlichen sehr intensiv und engagiert in Workshops zu verschiedenen Themen rund um den Krieg arbeiteten, war die Stimmung vor allem unter den Erwachsenen dieses Jahr ein wenig angespannt, da Split als eines der Zentren kroatischer Nationalist*innen gilt und es Bedenken gab, die Jugendlichen würden vor Ort angefeindet. Schließlich war die Erstbegegnung aber ein voller Erfolg und befürchtete Anfeindungen blieben aus.

Schließlich gab es auch im deutschen Team einen Wechsel: unsere langjährige Koordinatorin Barbara Esser beendete ihre Arbeit im Projekt und hat die Zuständigkeit an unsere neue Kollegin Katharina Ochsendorf übergeben. An dieser Stelle danken wir Barbara nochmals herzlich für ihr Engagement und wünschen Ihr das Beste für die Zukunft!

Detailliertere Informationen und erste Berichte über die Seminare findet ihr in der aktuellen Herbstinformation des Projekts Ferien vom Krieg, die wir euch auf Anfrage gerne zusenden:

**Projekt Ferien vom Krieg
Komitee für Grundrechte
und Demokratie**

Aquinostraße 7-11 | 50670 Köln
info@ferien-vom-krieg.de
0221-972 69 18

◆ Katharina Ochsendorf
und Tessa Pariyar

Artikel und Kommentare

- **Offener Brief zu den Verhandlungen über den Datenschutz in der elektronischen Kommunikation**
(ePrivacy-Reform)
31. Oktober 2018
- **Die AfD auf dem Prüfstand des Verfassungsschutzes**
Ein Kommentar von Heiner Busch
22. Oktober 2018
- **Unteilbar – weil Menschenrechte keine Grenzen kennen**
Gemeinsamer Aufruf des RAV und des Grundrechtskomitees...
2. Oktober 2018
- **„Grundrechte verteidigen – Hambacher Forst erhalten“**
Rede von Michèle Winkler
am 5. September 2018
auf der Demonstration
24. September 2018
- **Wir brauchen offene und sichere Häfen in jeder Stadt!**
Ein Kommentar von Britta Rabe
5. September 2018
- **Bitte unten anstellen! Bundesregierung arbeitet an Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose**
Ein Kommentar von
Wolfgang Völker
28. August 2018

Diese und alle weiteren Texte
finden Sie online unter:
www.grundrechtskomitee.de



Teilnehmer*innen des gemischten Seminars während der Abschlusspräsentation

Einladung zu einem Ratschlag des Grundrechtekomitees

Sie alle sind herzlich eingeladen, am Samstag, den 16. Februar 2019 von 11–18 Uhr in der „Alten Feuerwache“ in Köln mit uns zu beratschlagen.

Am Vortag wird eine Abendveranstaltung zum Thema stattfinden.

Genauere Informationen werden wir in den kommenden Wochen auf unserer Webseite veröffentlichen.

Bei Interesse wenden Sie sich gerne an die Geschäftsstelle.



Im Namen der Sicherheit?

Autoritärer Staat und Perspektiven der Gegenwehr

In München demonstrierten 40.000 Menschen gegen das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz. 20.000 waren in Düsseldorf gegen das NRW-Polizeigesetz auf der Straße und weitere 13.000 schließlich in Hannover gegen den niedersächsischen Entwurf. Selten hat der Widerstand gegen Sicherheitsgesetze derart viele Menschen auf die Straßen gebracht. Denn das Thema „Innere Sicherheit“ hat wieder Hochkonjunktur, die Formel der „Sicherheit“ zur Abwehr vermeintlich drohender Gefahren ist allgegenwärtig.

Doch wer definiert Sicherheit und für wen? Wohnungslose oder Geflüchtete, Betroffene von sexualisierter Gewalt oder rechten Übergriffen – ihre Erfahrungen lässt der aktuelle Sicherheitspopulismus außer Acht. Die Absicherung von Grundbedürfnissen und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen bleiben sowieso außen vor. Zugleich befördert das permanente Beschwören von Gefahrenlagen und Präventionserfordernissen, das Reden von „Gefährdern“ und die Ausrufung sogenannter „gefährlicher Orte“ ein allgemeines Klima der Unsicherheit und der Angst, dem wiederum mit einem hochgerüsteten und machtvollen Sicherheitsapparat begegnet werden müsse. Der rechte Rand und dessen Strategie der Diffamierung von Migrant*innen tut sein Übriges.

Legitimer Protest gegen den Abbau von Grund- und Menschenrechten und gegen diese Politik der Angst wird dabei schnell selbst zum „Sicherheitsrisiko“ umgedeu-

tet, mit Repression beantwortet und delegitimiert. Nicht Abschiebungen sind nunmehr geächtet, sondern der Widerstand dagegen, Migration wird als Gefahr wahrgenommen. Anonymität im Netz wird mit Kriminalität gleichgesetzt. Fußballfans werden pauschal als gewalttätig dargestellt. Gefahr für Demokratie und Menschenrechte wird nicht in rechter Gewalt oder in der polizeilichen Belagerung Hamburgs zum G20-Gipfel erkannt, sondern in Gegenprotesten und aktiven Stadtgesellschaften.

Auf diese „Arroganz der Macht“ reagieren viele Menschen zunehmend mit Unwillen und öffentlichem Widerspruch. Die Beweggründe für die neue Welle sehr unterschiedlicher Proteste gegen den „starken Staat“ und für einen „Herbst der Solidarität“ sind vielfältig.

Der Ratschlag will ein Forum bieten, um mit unterschiedlichen Betroffenen von polizeilichen Maßnahmen, Überwachung und staatlicher Gewalt über die Auswirkungen dieses „starken Staates“ zu diskutieren. Wir wollen herausarbeiten, welche Gegenstrategien unsere Gäste entwickelt haben, wo es Überschneidungen gibt, aber auch wo die Besonderheiten verschiedener Zugänge zum Thema liegen. Gemeinsam mit den unterschiedlich Aktiven und unseren Gästen werden wir Bruchstellen im neuen autoritären Sicherheitsstaat aufspüren und diskutieren, wie emanzipatorische Perspektiven der Gegenwehr aussehen könnten.

DATENSCHUTZ

Zum Datenschutz gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung: Wir halten gerne mit Ihnen Kontakt: Ihre Daten (Postanschrift) haben wir ausschließlich gespeichert, um Ihnen unseren Newsletter (ggf. Spendenbescheinigungen) zuzusenden. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihre Daten nicht weitergeben werden. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung, den Newsletter von uns zu erhalten, über die Anschrift und Kontaktdaten der Geschäftsstelle widerrufen und die Löschung Ihrer Adressdaten verlangen. Ebenso erteilen wir Ihnen jederzeit Auskunft, welche Daten wir von Ihnen gespeichert haben.

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Aquinostraße 7-11
50670 Köln

Telefon 0221 97269 -30
Fax 0221 97269 -31

info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18
BIC GENODE51MIC

Redaktion

Britta Rabe, Michèle Winkler
und Dirk Vogelskamp

Layout

Bettina Jung - boo graphics
www.boographics.de